

Fehr in der Höhle des Löwen

Nach ihren pointierten Äusserungen zum Ungleichgewicht zwischen der reichen Seeregion und stark belasteten Agglomerationsstädten hat sich SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr in Horgen der Diskussion mit PolitikerInnen von FDP und SP gestellt. Zu hören bekam sie dabei auch Kritik. Ein neuerlicher Seesturm aber blieb aus.

Arthur Schäppi

Am Zürichsee gingen die Wogen hoch. Erzürnte bürgerliche Politiker sprachen von «Arroganz» und einer «wilden Attacke». Und selbst in linken Kreisen hielt sich die Begeisterung in Grenzen.

Was war geschehen? Im «Landboten» und der «Zürichsee-Zeitung», sowie in einem «Offenen Brief» im «P.S.» hatte SP-Regierungsrätin Jacqueline Fehr die Seegemeinden zu mehr Respekt und Solidarität mit den stark wachsenden und deshalb massiv belasteten urbanen Zentren und Agglomerationsstädten aufgerufen. Und den «beschaulichen» Seegemeinden auch gleich noch Stagnation und mangelnde Innovation vorgeworfen.

Podium mit Freisinnigen und Genossen

Vor Wochenfrist wagte sich die Justizdirektorin nun in den linksufrigen Bezirkshauptort Horgen und damit sozusagen in die Höhle des Löwen. An ein von der SP organisiertes und von Benjamin Geiger, Chefredaktor der Züricher Regionalzeitungen, moderiertes Podium zum Thema: «Welche Lastenverteilung im Kanton Zürich?» Am Streitgespräch beteiligten sich auch die Wädenswiler Stadtrats- und Kantonsratsmitglieder Jonas Erni von der SP und Astrid Furrer von der FDP sowie die Gemeinderäte Joggi Riedtmann (SP) aus Horgen und Hansruedi Kölliker (FDP) aus Thalwil.

Bodenpreis entscheidet

Jacqueline Fehr erneuerte dabei ihren Appell an die Seegemeinden und verhehlte nicht, dass sie bewusst provoziert und «einen grossen Stein in den Zürichsee geworfen» habe, um die für den Kanton längst überfällige Debatte zur Lastenverteilung anzustossen. Denn es sei eben nicht so, wie es ihr gegenüber ein Goldküstenfinanzvorstand behauptet habe: Nämlich, dass die Seegemeinden schiffweise ihr angeblich hart erarbeitetes Geld als Ausgleichszahlungen den See und die Limmat hinunter schicken würden, wo es dann von den Städten einfach verprasst werde. Die finanzschwachen urbanen Zentren wie das Limmat- und Glattal oder Winterthur seien denn auch nicht Bittsteller. Und nicht arm, weil sie schlecht Haushalten, sondern weil sie erheblich mehr Leistungen für den

ganzen Kanton erbringen würden. Und die Seegemeinden seien umgekehrt nicht reich, weil sie die bessere Politik betrieben, betonte Fehr. Massgeblich für die unterschiedliche Steuerkraft seien vielmehr die Bodenpreise. Am rechten und linken Ufer seien diese wegen der privilegierten Lage am See und der Nähe zu Zürich so hoch, dass sich dort zunehmend fast nur noch gut verdienende und somit steuerkräftige Zuzüger Wohneigentum oder die hohen Mieten leisten könnten.

Gefährliches Auseinanderdriften

Genau umgekehrt verhalte es sich in urbanen Zentren wie dem Glatt- oder Limmattal, wo zusammen 60 Prozent des gesamten kantonalen Bevölkerungswachstums bis 2040 prognostiziert würden. Was die Städte dort denn auch vor ausserordentliche Herausforderungen stelle. Wegen den tieferen Landpreisen und den folglich günstigeren Mietwohnungen würden dort Menschen mit bescheidenem Einkommen und geringerer Steuerkraft, die auch eher auf finanzielle Unterstützung der öffentlichen Hand angewiesen seien, hinziehen. Das eklatante Auseinanderdriften zwischen den Regionen verlange deshalb nach raschem Handeln, betonte die Justizdirektorin. Wie zum Beispiel ein grösseres Engagement des Kantons bei der Sozialhilfe und den Zusatzleistungen. Akzentuiert habe sich die Problematik, weil die Gemeinden im Kanton Zürich im schweizweiten Vergleich für überdurchschnittlich viele Aufgaben aufkommen müssten. Den heutigen Finanzausgleich kritisierte Fehr als unzulänglich. «Ohne ihn aber wäre der Kanton unregierbar», konstatierte sie gleichzeitig. Die Agglomerationsstädte seien indes nicht auf alle Zeit bereit, das Wachstum für den ganzen Kanton und die damit anfallenden Lasten zu tragen, warnte die Regierungsrätin. Ausdruck des Widerstands sei etwa das Nein des Limmattals zur Glattalbahn.

Mehrwertabschöpfung als Ausweg

Die von der Justizdirektorin dargelegte Problematik blieb auf dem Podium zum Erstaunen von Publikum und Moderator zumindest im Grundsatz unbestritten. Vor einer schleichenden Ghettoisierung und Gentrifizierung als Folge des Grabens zwischen Arm und Reich warnte etwa Jonas Erni. Als «Provokation» empfand er indes, dass Fehr Städte

wie Wädenswil und Adliswil, die vor ähnlichen Herausforderungen stünden wie etwa Winterthur, in den gleichen Topf werfe wie die reichen Goldküstengemeinden Zollikon und Zumikon. Viele der Finanzsorgen von schnell wachsenden Agglomerationsstädten würden obsolet, wenn die Gemeinden bei Ein-, Auf- und Umzonungen bis zur Hälfte des Mehrwerts abschöpfen könnten, zeigte sich Erni überzeugt. Genau das wolle die SP mit ihrer «Initiative für einen gemeindefreundlichen Mehrwertausgleich» ermöglichen.

«Nicht gegeneinander ausspielen»

Astrid Furrer betonte, dass auch Wädenswil Sozialausgaben in Höhe von 20 Prozent des Budgets verkraften müsse. Solange nur sehr wenige Gemeinden sehr viele Mittel in den Finanzausgleich einschiessen müssten und umgekehrt übermässig viele davon profitierten, sei dieses Instrument ineffizient und eine Reform auch nicht mehrheitsfähig. Dass Fehr auf das regionale Ungleichgewicht aufmerksam mache, sei legitim. Nicht aber, dass sie als Regierungsrätin Wahlkampf betreibe, indem sie «die Bezirke gegeneinander ausspielt», kritisierte die Freisinnige. Fehr räumte ein, dass sie womöglich Leute «verletzt» habe, verwahrte sich aber gegen den Vorwurf, nicht das Wohl des ganzen Kantons im Auge zu haben.

Adliswil als Gegenbeispiel

Wachstum an weniger attraktiven Orten abseits vom See müsse nicht negativ sein, zumal damit auch arbeitende Personen angezogen würden, monierte der Thalwiler Finanzvorstand Hansruedi Kölliker und verwies auf Adliswil. Dank anhaltendem Bauboom habe sich die Sihltalstadt von einer Nehmer- zu einer Gebergemeinde gewandelt. Vor Pauschalisierungen als Reaktion auf einen «dummen Spruch» eines Goldküstenpolitikers warnte Joggi Riedtmann. Horgen etwa leiste ebenfalls erheblichen Finanzausgleich, weise aber als Agglomerationsstadt gleichzeitig ein überdurchschnittliches Bevölkerungswachstum auf. Und sogar einen höheren Ausländeranteil als Winterthur. Die Publikumsdiskussion drehte sich dann weniger ums eigentliche Kernthema des Abends als vielmehr um damit zusammenhängende Grundsatzfragen zur baulichen Entwicklung und zur Lebensqualität.